

## Die Verfolgung der Rohingya 05.12.2016

**BERLIN/NAYPYITAW** (Eigener Bericht) - Ungeachtet der blutigen Operationen der Streitkräfte Myanmars gegen die Minderheit der Rohingya baut Berlin die Zusammenarbeit mit dem Land aus. Die Operationen im Nordwesten Myanmars unweit der Grenze zu Bangladesch haben bislang zur Zerstörung von mehr als 1.200 Häusern, zur Tötung von mutmaßlich weit über hundert Rohingya und zur Vertreibung Zehntausender geführt; die Armee hat das Gebiet abgeriegelt, Beobachter warnen vor einer humanitären Katastrophe. Während die Vereinten Nationen Sturm laufen, haben unter anderem Bundestag und Bundesrat Mitte November ein Abkommen zur Parlamentsberatung mit dem myanmarischen Parlament beschlossen; außerdem weitet Berlin seine Entwicklungshilfe aus. Hintergrund ist, dass Berlin über die als prowestlich geltende starke Frau der Regierung, die langjährige Oppositionsführerin Aung San Suu Kyi, Einfluss auf Myanmar zu gewinnen hofft, das wiederum eine wichtige Rolle in Planungen Chinas zur Sicherung seiner Energieversorgung spielt. Entsprechend sind geostrategische Machtkämpfe der Grund, weshalb Berlin die gegenwärtige zur Kooperation bereite Regierung von Kritik verschont.

### Diskriminierte Minderheit

Hintergrund der aktuellen Entwicklung im Nordwesten Myanmars ist die katastrophale Lage der Rohingya, einer muslimischen Minderheit, die eine dem Bengalischen verwandte Sprache spricht. Der myanmarische Staat erkennt die Rohingya, obwohl sie zur angestammten Bevölkerung zählen, nicht als Staatsbürger an und nennt sie "Bengalen"; auch die starke Frau der aktuellen Regierung, die als prowestlich eingestufte Friedensnobelpreisträgerin Aung San Suu Kyi, hat explizit verlangt, den Namen "Rohingya" nicht mehr zu nutzen.[1] Nach blutigen Pogromen gegen die Rohingya im Jahr 2012 leben immer noch mehr als 100.000 von ihnen unter desolaten Bedingungen in Lagern; auch sonst gilt die Existenzsituation der Minderheit als ausgesprochen schlecht. Bei den Vereinten Nationen ist bereits von der am stärksten diskriminierten Minderheit der Welt die Rede gewesen. Hunderttausende sind nach Bangladesch geflohen, wo sie allerdings auch nicht anerkannt werden; viele Flüchtlinge leben in der Furcht, von den dortigen Behörden nach Myanmar zurückgeschoben zu werden.

### Anti-Terror-Operationen

Auslöser der aktuellen Unruhen ist ein Überfall auf einen myanmarischen Grenzposten am 9. Oktober gewesen; dabei wurden neun Polizisten, die die Grenze nach Bangladesch bewachten, von Unbekannten umgebracht. Die myanmarischen Behörden schreiben den Überfall pauschal den Rohingya zu und haben umgehend mit militärischen Anti-Terror-Operationen begonnen, die, wie Beobachter feststellen, an der Aufstandsbekämpfung britischer Kolonialtruppen orientiert sind [2]; sie sind von Myanmars Streitkräften im Krieg gegen verschiedene Sprachminderheiten in den östlichen Landesteilen perfektioniert worden. Dazu gehört das Niederbrennen ganzer Dörfer; die Streitkräfte haben nach Angaben von Menschenrechtsorganisationen mittlerweile mindestens 1.250 Häuser zerstört, mutmaßlich weit über hundert Rohingya umgebracht, Zehntausende auf die Flucht getrieben und Dutzende, wenn nicht Hunderte Frauen und Mädchen vergewaltigt. Das Gebiet im Nordwesten Myanmars an der Grenze zu Bangladesch ist militärisch abgeriegelt; Aung San Suu Kyi ist nicht bereit, es umfassend für Hilfslieferungen zu öffnen. Zahlreiche Menschen - genannt wird zuweilen die Zahl 160.000 - sind von jeder Hilfe abgeschnitten und der mörderischen Gewalt der Militärs schutzlos ausgeliefert. Appelle von Menschenrechtsorganisationen sowie von der UNO verhallen ungehört.

### Drohpolitik

Berlin hält sich bislang mit Reaktionen zurück. Das ist insofern durchaus bemerkenswert, als die Bundesregierung im vergangenen Jahrzehnt gleich mehrmals massiven Druck auf die Regierung in Naypyitaw wegen deren Menschenrechtsverletzungen ausgeübt hat - bis hin zur offenen Drohung, militärisch zu intervenieren. So protestierte Berlin heftig, als die in Myanmar herrschenden Militärs im September 2007 Massenproteste blutig niederschlugen; Menschenrechtsorganisationen sprachen von bis zu 200 Todesopfern und mehr als 6.000 festgenommenen Demonstranten.[3] Als im Mai 2008 ein Zyklon Myanmar verwüstete und die Regierung des Landes sich nicht bereit erklärte, auswärtige Unterstützung in Form von Kriegsschiffen zu akzeptieren - mit diesen wollte Paris, mit Rückendeckung aus Berlin, anrücken -, da sprachen sich mehrere Minister der Bundesregierung für die Entsendung von Einheiten der Bundeswehr aus.[4] Zu dem Bundeswehreininsatz ist es nicht gekommen. Die Bundesrepublik setzte allerdings ihre Drohpolitik gegenüber Myanmar fort, bis die herrschenden Militärs sich zur Übergabe der Regierung an die langjährige Oppositionschefin Aung San Suu Kyi bereit erklärten, die als dem Westen gegenüber offen eingestuft wird. Mit den Wahlen des Jahres 2015 ist dieser Prozess zum

vorläufigen Abschluss gekommen.

### Die "Burma Road"

Offiziell ist die Drohhpolitik gegenüber dem repressiven Militärregime wie üblich als Kampf für die Menschenrechte gepriesen worden. Tatsächlich ging es, auch das ist weithin üblich, um - in diesem Fall recht verwickelte - geostrategische Motive im Zusammenhang mit der Rivalität zwischen dem Westen und China. Die Volksrepublik bezieht einen erheblichen Teil ihrer Rohstoffe, darunter gut 80 Prozent ihres Ölimports, durch die Straße von Malakka.[5] Weil dort die USA sowie weitere westliche Mächte militärisch stark präsent sind und im Konfliktfall Chinas Rohstoffversorgung abzuschneiden drohen, begann der damalige chinesische Staatspräsident Hu Jintao im Jahr 2003, das "Malakka-Problem" seines Landes offen zu thematisieren. Auf der Suche nach Auswegen griff Beijing auf Konzepte aus den 1930er Jahren zurück - insbesondere auf die "Burma Road" aus dem Indischen Ozean durch die britische Kolonie Burma nach Südwestchina, über die Großbritannien sowie die USA das in den 1930ern von Japan attackierte China mit Nachschub belieferten. 2004 startete Beijing erste Gespräche mit Myanmars Regierung über den Bau von Öl- und Gaspipelines sowie eines Verkehrskorridors entlang der einstigen "Burma Road". Die Pipelines sind mittlerweile zum guten Teil fertiggestellt; sie können Lieferungen aus dem Mittleren Osten aufnehmen und aus dem Indischen Ozean durch Myanmar direkt nach Südwestchina (Yunnan) transportieren.

### Neuer Einfluss

Mit der von ihnen energisch unterstützten Übernahme der Regierungsgewalt durch Aung San Suu Kyi im vergangenen Jahr haben die westlichen Mächte, darunter Deutschland, sich prinzipiell die Option eröffnet, die von China neu genutzte "Burma Road" perspektisch in gewissem Umfang zu kontrollieren. Die wechselseitigen Besuche sind in den letzten beiden Jahren denn auch recht rege gewesen. Bundespräsident Gauck reiste im Februar 2014 nach Myanmar; im September 2014 kam Staatspräsident Thein Sein zu seinem ersten offiziellen Besuch in die Bundesrepublik. Zuvor hielt sich Aung San Suu Kyi im April 2014 zu Gesprächen mit der Kanzlerin, dem Bundes- sowie dem Bundestagspräsidenten in Berlin auf. Auch die Entwicklungshilfe ist erneut aufgenommen worden; zudem werden die Wirtschaftsbeziehungen von der Bundesregierung systematisch gefördert. Sie sind allerdings - mit deutschen Exporten von lediglich 148 Millionen Euro sowie mit Importen von nur 197 Millionen Euro (2015) bei recht spärlichen Investitionen - noch vergleichsweise dünn.

### Schweigen

Über die parteinahen Stiftungen bemüht sich Berlin zugleich - nicht ohne Erfolg -, Einfluss auf die staatlichen Apparate zu nehmen. Auf Einladung der CDU-nahen Konrad-Adenauer-Stiftung etwa hielten sich vom 8. bis zum 15. Oktober mehrere Vertreter des myanmarischen Parlaments, des Innenministeriums sowie der Medien in der Bundesrepublik auf, um sich dort über "Staatsaufbau und Föderalismus" zu informieren. Es waren die Tage, in denen das myanmarische Militär seine Anti-Terror-Operationen gegen die Rohingya begann und es zu ersten Todesopfern kam. Am 18. November - damals waren die erwähnten 1.250 Häuser gerade niedergebrannt und viele Rohingya getötet worden - unterzeichneten Vertreter Deutschlands und Myanmars auf Vermittlung der CSU-nahen Hanns-Seidel-Stiftung in Naypyitaw ein Partnerschaftsabkommen zur Parlamentsberatung. Demnach werden Abgeordnete und Beamte aus Bundestag und Bundesrat ihre Kollegen aus den beiden Kammern des myanmarischen Parlaments zukünftig bei dessen Weiterentwicklung beraten. Menschenrechtler konstatieren schon seit Jahren, die Bundesregierung habe ihr ehemaliges Interesse an Menschenrechten in Myanmar verloren, seit sie mit der Übernahme der Regierung durch Aung San Suu Kyi in Naypyitaw auf besten Zugang zur Macht in dem strategisch wichtigen Land hoffen kann.[6] Das aktuelle Schweigen Berlins belegt dies erneut.

[1] Richard C. Paddock: Aung San Suu Kyi Asks U.S. Not to Refer to 'Rohingya'. [www.nytimes.com](http://www.nytimes.com) 06.05.2016.

[2] Jane Perlez, Wai Moe: Myanmar's Leader Faulted for Silence as Army Campaigns Against Rohingya. [www.nytimes.com](http://www.nytimes.com) 01.12.2016.

[3] S. dazu [Prestigeträchtigt](#) und [Mit langem Atem](#) .

[4] S. dazu [Im Schatten der Katastrophe \(III\)](#) und [Das Recht des Stärkeren](#) .

[5] Die Straße von Malakka ist die Meerenge zwischen Malaysia, Indonesien und Singapur, die die Zufahrt aus dem Indischen Ozean in das Südchinesische Meer bildet. S. dazu [Chinas Lebenslinien \(I\)](#) , [Chinas Lebenslinien \(II\)](#) und [Der Deal der Militärs mit dem Westen](#) .

[6] S. dazu [Mörderische Partner](#) , [Die Prioritäten der Machtpolitik \(I\)](#) und [Unter zivilem Deckmantel](#) .

Copyright © 2005 Informationen zur Deutschen Außenpolitik

[info@german-foreign-policy.com](mailto:info@german-foreign-policy.com)